

Mittwoch, 25. Januar 2023, Hersfelder Zeitung / Lokales

# **Dringender Appell von Umweltschützern**

**Initiativen aus dem Kreis fordern von Minister Al Wazir, den Bodenverbrauch gering zu halten**



Doris Hoffmann, Sprecherin Bürgerbündnis Bodenschutz Waldhessen. Foto: Privat

**Hersfeld-Rotenburg** – Mehrere Umweltinitiativen aus dem Landkreis haben an Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al Wazir appelliert, den Flächenverbrauch in der Region gering zu halten. Anlass für den Appell ist die Neuaufstellung des Regionalplans, in dem die Flächen für die zukünftigen Siedlungs- und Gewerbegebiete in den nordhessischen Gemeinden festgelegt werden.

Zu den Unterzeichner gehören das Bürgerbündnis Bodenschutz Waldhessen, die Klimainitiative Bad Hersfeld, die BI Am Wolfsstall, der BUND-Kreisverband

Hersfeld-Rotenburg, Fridays for future und Parents for Future.

„Wer jetzt immer noch der Meinung ist, es kann hier weiter gebaut werden wie bisher, der hat die elementare Bedrohung der Klimakrise für uns Menschen nicht begriffen“, sagt Doris Hoffmann, Sprecherin des Bürgerbündnisses. „Der weitestgehende Erhalt aller unbebauten Flächen ist nicht nur ein wichtiges Element bei der Bekämpfung der Klimakrise, sondern auch notwendig, um die Folgen der Klimakrise abzumildern – von der Notwendigkeit der Landwirtschaft und des Naturschutzes ganz zu schweigen.“

Die Initiatoren wehren sich damit gegen die Bestrebungen verschiedener Bürgermeister im Landkreis, weitere große Logistikflächen auszuweisen. Sie fordern zum einen, dass die Neuausweisung von Siedlungsflächen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsentwicklung stehen muss. Konkret fordern sie, dass Kommunen und Regionen mit stagnierender oder sogar schrumpfender Bevölkerungszahl keine weiteren Flächen für die Siedlungsentwicklung beanspruchen dürfen. Für die Gewerbeflächen stellen sie den Zusammenhang mit dem sich verschärfenden Arbeitskräftemangel her und fordern, dass in Kommunen und Regionen mit niedriger Arbeitslosenzahl keine weiteren Flächen für die Gewerbeentwicklung beansprucht werden dürfen.

„Ein verantwortlicher Umgang mit der Ressource Boden steht nicht im Widerspruch zu einer positiven Entwicklung unserer Region! Im Gegenteil: Viele Beispiele machen deutlich, dass die Bevölkerungsentwicklung in dünn besiedelten Gebieten zum Positiven gewendet werden kann, wenn eine intensive Innenentwicklung betrieben wird, anstatt Außenbereiche zu beanspruchen“, heißt es in dem Schreiben.

Die Verbände berufen sich dabei auf den Landesentwicklungsplan Hessen, in dem an mehreren Stellen die Notwendigkeit betont wird, den weiteren Flächenverbrauch zu minimieren und die Auswirkungen des demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels, die weitere Entwicklung der Bevölkerungsstruktur und die räumliche Bevölkerungsverteilung sind bei allen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen.

Die Initiativen erwarten, dass der Wirtschaftsminister den Regionalplan nur dann genehmigt, wenn darin die Einhaltung der genannten Kriterien für weiteren Flächenverbrauch im Gewerbe- und Siedlungsbereich zwingend gefordert wird. red/kai